

KURZ UND PRÄGNANT

13 Kilometer lange Menschenkette

Aus Sorge um ihre Arbeitsplätze hatten Mitarbeiter des Bergbaukonzerns K+S am 8. September mit einer 13 Kilometer langen Menschenkette im hessisch-thüringischen Kalirevier demonstriert, mit dabei Familienangehörige, Beschäftigte von Zulieferern und Einwohner der Region. „DIE LINKE steht den Beschäftigten von K+S ebenso solidarisch zur Seite wie den in der Region lebenden Menschen, die sich um den Umweltschutz sorgen. Der von Ministerpräsident Bodo Ramelow geplante Kaligipfel zeigt die hohe Priorität auch für die Landesregierung“, sagte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow.

DIE LINKE fordert den Vorstand von K+S auf, sich unmissverständlich zum Bergbau in der Werra-Region zu bekennen. Das zunehmende Engagement des Konzerns im Kali-Abbau in Kanada schürt Ängste. „Die Sorgen der Beschäftigten angesichts wochenlanger Kurzarbeit verstehen wir gut. Maßnahmen des Umweltschutzes müssen künftig einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze im Werk Werra leisten. Es ist notwendig, dass Beschäftigte, Betriebsrat, Geschäftsleitung und Gewerkschaften gleichberechtigt an die Lösung der aktuellen Probleme gehen.“ Die Spitzen von K+S müssten nun endlich für einen Dreiklang aus Arbeitsplatzsicherung, Ökonomie und Ökologie sorgen. Neben der öffentlich finanzierten Altlastensanierung für bisher ca. 20 Mio. Euro im Jahr stehe hier die Gewinnung weiterer Rohstoffe aus dem Abwasser im Vordergrund. ■

Mit Journalistin aus dem Team Wallraff

Anlässlich des Welttags für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober lädt die Linksfraktion Gewerkschafter, Betriebsräte, soziale Initiativen und interessierte Menschen mit und ohne Arbeit in den Landtag, Raum F 101 (15 bis 18 Uhr) ein, um die Situation prekärer Beschäftigung zu analysieren und gemeinsam für GUTE ARBEIT in allen Bereichen einzutreten. Gast ist Caro Lobig, die als investigative Journalistin mit dem Team Wallraff prekärer Beschäftigung auf der Spur ist und diese anprangert. So hat sie z.B. selbst drei Monate lang als Lagermitarbeiterin bei Zalando in Erfurt erlebt, wie Menschen für den Erfolg von Zalando überwacht, ausgebeutet und ausgelaugt wurden. Ähnliche Untersuchungen betreffen Beschäftigte in der so genannten Spaßindustrie der Freizeitparks, aber auch in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. ■

„Viel über die Herstellung von Lebensmitteln gelernt“

Susanne Hennig-Wellsow hat im Praktikum in Bad Langensalza Bratwürste verpackt

Im August hat Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, in einer Erfurter Kita eine Reihe von Praktika begonnen (der Parlamentsreport berichtete). Am 15. September war sie wieder als Praktikantin unterwegs – diesmal in einem Unternehmen der Ernährungswirtschaft, der FM Fleischmarkt GmbH Aschara in Bad Langensalza.

Den Auftakt bildet ein Gespräch mit Geschäftsführer Ronald Fernschild. Er

Produkte aus. Bei der Leserumfrage der auflagenstärksten Regionalzeitung wurde sie zur „besten Bratwurst Thüringens“ gewählt, nicht zuletzt wegen der geheimen Gewürzmischung aus 26 Gewürzen. Man setze generell auf hohe Qualität, erläutert der Geschäftsführer.

Bevor der anschließende Firmengrundgang beginnen kann, muss Schutzkleidung angelegt werden, blauer Overall, Haarnetz, weiße Gummistiefel. Es gelten strenge Hygienevorschriften. Zuerst Hände waschen und

scharfen Messer geschützt. Danach gilt es, eine Stunde lang rohe Bratwürste zu verpacken. Hier muss von den Beschäftigten ein zusätzlicher Mundschutz getragen werden. Beim Verpacken steht Susanne Hennig-Wellsow mit Florian an der Maschine. Er erklärt ihr den Ablauf. Jetzt geht es los: beide legen in schnellem Takt jeweils fünf Bratwürste in parallele Kunststoffschalen, die anschließend mit einer Folie verklebt werden. Isst man überhaupt selber noch Bratwürste, wenn man sie auf Arbeit verpackt? Florian denkt kurz



freue sich sehr darüber, die Fraktionsvorsitzende hier begrüßen zu können, betont er. Einführend macht er darauf aufmerksam, dass es sich bei der Lebensmittelbranche um den zweitstärksten Wirtschaftsbereich in Thüringen handelt. Das Unternehmen hat derzeit 200 Beschäftigte, davon 65 am Standort Bad Langensalza. Es hält etwa 25.000 Schweine, pro Tag werden in Bad Langensalza 300 Schweinehälften zerlegt. Die Produkte verkauft das Unternehmen zu 20 Prozent in der Region, 80 Prozent bundesweit. Die Bratwurst macht immerhin 40 Prozent der

desinfizieren, danach über eine Desinfektionsbrücke. Ronald Fernschild führt durch die kühlen Räume, erläutert die dort aufgestellten Maschinen und Verarbeitungsschritte, zeigt die verschiedenen Produkte.

Dann startet das eigentliche Praktikum. Zuerst zerlegt Susanne Hennig-Wellsow Schweinefleisch. Ein Knochenjob, der zudem sehr genaues Arbeiten erfordert. Das gelinge ihr gar nicht schlecht, schätzt ein erfahrener Mitarbeiter ein. Mit Kettenschürze und -handschuh, die an Teile einer Ritterrüstung erinnern, ist sie dabei vor dem

nach: „Ja“, sagt er. Und schmunzelt: „Erst hatte ich hier immer Appetit auf Kuchen. Inzwischen esse ich aber wieder Bratwurst.“ Nun werden andere Würste verpackt, sie sind länger und dünner als die vorigen. Florian erklärt: sie sind komplett aus Kalbsfleisch.

Natürlich findet Susanne Hennig-Wellsow auch Gelegenheit für Gespräche mit Beschäftigten. Die kritisieren, dass „Lebensmittel als Wegwerfprodukte“ angesehen werden. Von der Politik fordern sie „mehr Ehrlichkeit“. Es geht bei den Gesprächen um den Mindestlohn, um den Betriebsrat, den die Firma nicht hat, um die Kosten der Krankenversicherung, um die körperlich harte Arbeit. Die geheime Würzmischung der prämierten Bratwürste bleibt aber geheim.

Sie habe heute viel über die Lebensmittelherstellung gelernt, schätzt Susanne Hennig-Wellsow ein. „Die Beschäftigten haben beim Lohn mehr verdient“, sagt sie – doch die Branche steht wirtschaftlich unter massivem Druck. „Die Jagd nach Billigfleisch in den Supermärkten hat negative Auswirkungen auch auf die Unternehmen, die auf hohe Qualität setzen“, so die Abgeordnete weiter. Das Unternehmen unterstütze seine Mitarbeiter über das Normale hinaus, beispielsweise in Gesundheitsfragen oder mit praktischer Hilfe bei persönlichen Schwierigkeiten. Das sei sicher nicht alltäglich und verdiene Anerkennung. Ihr Fazit: „Das war ein gelungenes Praktikum. Es hat mich darin bestärkt, dass unsere Gesellschaft das Gleichgewicht, das den Respekt vor den Lebewesen, die Interessen der Beschäftigten und unser Verbraucherverhalten beinhaltet, besser austarieren muss als bisher.“

Abschmelzung von Ostrenten weiter problematisch

„Die Abschmelzung bei Ostrenten, d.h. die Verrechnung von Rentenerhöhungen, die zur Beibehaltung des bisherigen Rentenbetrags führt, stellt für immer noch knapp 10.000 Rentenbezieher in Thüringen eine unschöne Erfahrung dar. Besonders problematisch wird das Verfahren, wenn es auch bei Betroffenen angewendet wird, die damit unter die Grenze der Grundsicherung, d.h. das gesetzlich anerkannte Existenzminimum, fallen und so noch länger im Sozialleistungsbezug bleiben müssen“, so Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die erneut fordert, dass das Rentenrecht nachgebessert werden muss.

Erfreulich sei, dass sich Thüringen auf Bundesebene intensiv um die Probleme bei Ostrenten kümmere. „Es ist zu hoffen dass sich die Landesregierung doch noch mit ihrem Vorschlag auf Einrichtung einer umfassenden Reformarbeitsgruppe durchsetzen wird.“ Die Abgeordnete verweist auf die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage zu Auffüll- und Abschmelzbeträgen. Im Jahr 2005 waren über 61.000 Rentenbezieher in Thüringen betroffen und Jahr 2010 immer noch über 28.000. „Deutlich wird auch, wie stark die Renten in den ostdeutschen Bundesländern über all die Jahre auf Abstand gehalten wurden und dass dies leider noch immer so ist. Bei der notwendigen Angleichung der Ostrenten an das Westniveau – die nicht nachlassenden Aktivitäten des Sozialministeriums sind hier sehr zu begrüßen – darf es aber nicht dazu kommen, dass Berufstätige gegen Rentenbezieher ausgespielt werden.“ Mit Blick auf die nicht länger hinzunehmende Situation, dass Rentnerinnen und Rentner durch die Abschmelzung weiter unter dem Existenzminimum bleiben, müsse auch bedacht werden, dass nicht wenige Berechtigte sich nicht von Sozialleistungen „abhängig“ machen möchten und auf diese Leistungen verzichten. „Es ist mehr als beschämend, wenn Menschen mit einer wechselvollen und anstrengenden Lebensarbeitsbiographie dann auch noch Grundsicherung beantragen müssen. Man muss von der Rente menschenwürdig und selbstbestimmt leben können“, unterstrich die Abgeordnete. ■

Text und Fotos: Stefan Wogawa